Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Renhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 15.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 115. Freitag, den 20. Mai 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Aus Solingen wird gemeldet, daß ein großer Teil der dort befindlichen Besatzungstruppen abtransportiert worden ist, ein Anzeichen dafür, daß mit dem Abbau der Truppenkonzentrierungen im Rheinland ernstlich begonnen wird.

■

Der Reichskommissar für Entwaffnung Dr. Peters begibt sich in den nächsten Tagen nach München zwecks Rücksprache mit der bayrischen Regierung in der Entwaffnungsfrage.

■

Die in letzter Zeit wiederholt aufgetretenen Gerüchte, daß der deutsche Botschafter in London Dr. Sthamer den Wunsch habe, von seinem Posten zurückzutreten, entbehren jeder Begründung.

■

Nach einer Meldung aus Washington hege Präsident Harding den lebhaftesten Wunsch, daß die Resolution Knox angenommen werde. Sie wird dem Repräsentantenhaus nächste Woche vorgelegt werden.

■

Die italienische Regierung hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Grafen Sforza zur Teilnahme an der bevorstehenden Konferenz des obersten Rates zu entsenden.

Die Schwierigkeiten der Entwaffnung.

In der gestrigen Berliner Morgenpresse war von einer Note der Reichsregierung an die bayrische Regierung über die Entwaffnungsforderung die Rede. Wie amtlicherseits festgestellt wird, handelt es sich lediglich um ein amtliches Rundschreiben des Reichsministeriums des Innern, das gleichlautend an sämtliche Länderregierungen gegangen ist und sich nicht nur mit der Frage der Einwohnerwehr beschäftigt sondern besonders in Zusammenhang steht mit der Erledigung der Ultimatumsforderungen. Die Reichsregierung ist der festen Zuversicht, daß die bayrische Angelegenheit zu einem guten Ende kommen kann, um so mehr, als auch in Bayern selbst in weitgehendem Maße Verständnis für die durch die Annahme des Ultimatums geschaffene Lage vorhanden ist. Was die internationale Seite betrifft, so kann ohne Schönfärberei gesagt werden, daß die eifrig auf Erfüllung der Ultimatumsforderungen gerichtete Arbeit der Reichsregierung ihren Eindruck im Auslande nicht verfehlt. Allerdings hat die Reichsregierung bei der Erfüllung der Forderungen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders was die Entwaffnung anbetrifft, sind die Forderungen der Entente in vielen Punkten ziemlich unklar und sogar widersprechend. Interessant ist, daß die Entente sogar die Ablieferung der den Fahrradabteilungen der Reichswehr gehörigen Fahrräder verlangt und uns nur Räder zum Ordonnanzdienst läßt. Dann verlangt die Entente die Vernichtung des Kriegsmaterials und läßt uns nicht einmal das für die uns zugestandenen 100 000 Mann nötige Material, das wir dann wieder mit enormen Kosten anschaffen müssen. Ferner wird uns die Verpflichtung auferlegt, für jede Materialart nur eine Fabrik in Anspruch zu nehmen, was natürlich die Preisbildung stark beeinflussen und auch bei Unruhen leicht zur Stockung der Zufuhr gerade dieser Materialart durch Stillegung dieser einen Fabrik führen kann.

Verhandlungen über den Selbstschutz.

Ueber die Frage der Selbstschutzorganisationen finden gegenwärtig unter Führung des Reichskanzlers Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium des Innern und der bayrischen Staatsregierung statt. Die Reichsregierung glaubt, daß diese Angelegenheit zu einem guten Ende geführt werden kann, da auch in Bayern das Verständnis für die Pflichten des Reiches und der Länder nach der Annahme des Ultimatums im Wachsen begriffen ist.

Hamm über die Notwendigkeit der Einwohnerwehr.

Der bayrische Handelsminister Hamm sprach in einer demokratische Versammlung auch über die bayrische Entwaffnungsfrage, über die in Kreisen der bayrischen Regierung noch nicht völlig und endgültig entschieden sei. Er wies darauf hin, daß man über das Schicksal Deutschlands nicht aus einer bayrischen Frage heraus entscheiden dürfe. Gegenüber dem Spiel Frankreichs, Deutschland völlig zu zerschlagen, müsse mit allen Kräften darauf hingewirkt werden, das Reich erhalten zu helfen. Die Auffassung, daß auf dem Wege des Verhandelns noch günstige Erfolge erzielt werden könnten, veranlaßt die Korrespondenz der Bayrischen Volkspartei, die schreibt: Die ganze Einwohnerwehrpolitik war bis jetzt darauf eingestellt, die Gegner dieser Einrichtung auf dem Weg des Verhandelns und Aufklärens von der Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung zu überzeugen. Auch jetzt noch scheinen diese Möglichkeiten nicht bis zum letzten erschöpft zu sein. So lange [illegible] der Fall ist, scheint ein endgültiger Entschluß weder notwendig, noch geboten.

Neue Kämpfe in Oberschlesien.

Die Lage in Oberschlesien hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. Gleiwitz, Beuthen und Kattowitz sind von der Außenwelt vollständig abgeschnitten. Alle Ausweise, die von den Polen ausgestellt waren, sind jetzt für ungültig erklärt worden. Am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr versuchten die Polen einen Angriff auf Gleiwitz, der durch heftiges Maschinengewehr- und Gewehrfeuer eingeleitet wurde. Die Verteidiger schlugen den Angriff ab. Ein deutscher Eisenbahnbeamter wurde hierbei durch einen Bauchschuß getötet. Aus Richtersdorf sind in der Nacht neuerlich Meldungen eingetroffen, die besagen, daß die Polen das Dorf wieder besetzt haben, nachdem es bereits geräumt war. Die Polen gaben bekannt, daß Richtersdorf unter polnische Verwaltung gestellt sei und alle hier befindlichen deutschen Beamten gelten als ihres Amtes enthoben. In einem anderen Aufruf der Polen werden alle Männer aufgefordert, sich unter die Fahne der polnischen Insurgenten zu begeben. Gegen 9 Uhr streiften französische Kavallerietpatrouillen durch das Dorf, denen später ein Zug Franzosen in Stärke von etwa 60 Mann folgte, der die Aufständischen verjagte und bei dieser Gelegenheit 18 Gefangene machte. In Kattowitz steigt die Erregung ins Ungeheuerliche. Auf den Straßen sammeln sich große Massen an, die erregt die neuen Bedingungen, die der Stadt Kattowitz von den Aufständischen gestellt wurden, besprechen. Die Aufständischen haben zur vollständigen Einschließung der Stadt bedeutende Verstärkungen erhalten. Mittwoch früh wurden die Ein- und Ausgänge der Stadt durch Barrikaden vollständig geschlossen, so daß niemand aus der Stadt heraus oder in sie hineingelangen konnte. Man rechnet mit einem baldigen Angriff der Insurgenten auf die Stadt. Hervorgerufen sind diese Maßnahmen der Insurgenten durch den negativen Verlauf ihrer Verhandlungen mit der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung.

Keine Reichswehr für Oberschlesien.

Zu dem Bericht der Roten Fahne, daß angeblich Reichswehr für Oberschlesien zusammengezogen wäre, erklärt das Reichswehrministerium aufs neue, daß sich weder ein Reichswehrsoldat in Oberschlesien befindet noch daß irgend welche Maßnahmen zur Truppenzusammenziehung getroffen sind. Das Reichswehrministerium ist, um allen Mißdeutungen zuvorzukommen sogar soweit gegangen, daß es ein Urlaubsverbot für die Reichswehr nach Schlesien erlassen hat.

Verbot der Bildung von Freiwilligen-Verbänden.

Dem Auswärtigen Amt ist eine Note der Interalliierten Militärkommission zugegangen, worin darauf hingewiesen wird, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien stattfindet. Es wird gefordert, sofort Maßnahmen zu treffen, um diese Anwerbungen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages stünden, zu verhindern, und die Auflösung der in Schlesien bereits gebildeten Formationen herbeizuführen. Die Kontrollkommission bittet um Mitteilung der zu diesem Zweck unternommenen Schritte.

Wirtschaftliche Folgen des Polenaufstandes.

Infolge des Einfalles polnischer Insurgenten stockt die Kohlenversorgung aus Oberschlesien schon seit fast drei Wochen. Die lebenswichtigen Betriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerke, in Berlin und anderen Großstädten des Reiches haben, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, ihren Betrieb aufrechterhalten können. Durch den Reichskohlenkommissar wurde ein erheblicher Teil der niederschlesischen Braunkohle zum Betriebe der Kraftwerke herangezogen, doch konnte mit diesen Ersatzbrennstoffen nicht die volle Leistung der Stromerzeugungsmaschinen aufrechterhalten werden. Erheblich schwieriger gestaltet sich die Belieferung der Gaswerke, die auf eine besonders gute gashaltige Spezialkohle angewiesen sind. Soweit als möglich hat man westfälische Kohle für die Gaswerke reserviert, doch ist es nicht möglich, die erforderlichen Mengen aufzubringen, da in dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier seit Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks die Förderung, ganz abgesehen von dem Ausfall der Ueberschichten, unter die Normalleistung gesunken ist. Die Gas- und Elektrizitätswerke haben infolgedessen die Anweisung erhalten, im Betrieb nach Möglichkeit mit Brennstoffen zu sparen. Hinzu kommt noch, daß für die Eisenbahn vor allen Dingen genügende Mengen von Kohlen reserviert werden müssen.

Lloyd Georges Warnung an Frankreich.

Ihre Wirkung in Paris.

Aus den Besprechungen, die die Pariser Blätter den neuen Erklärungen Lloyd Georges widmen, geht deutlich die Auffassung hervor, daß Lloyd George beabsichtigt habe, die bevorstehenden Verhandlungen zu beeinflussen. Man hat sich in Paris bereits, und zwar unverhüllt, darüber gefreut, daß die Rede Lloyd Georges im Unterhaus am letzten Freitag die Stellung der französischen Regierung verbessert hatte. Die Stellung Briands war zuvor dadurch erschüttert worden, daß der berühmte Marsch nach Essen eingestellt werden mußte. Die deutsche Annahme der Londoner Forderungen hatte dem französischen Kabinett einen nicht geringen Stoß versetzt. Als dann Lloyd George seine Unterhausrede hielt, wirkte sie hier wie ein Peitschenhieb auf die nationalistischen Kreise, die sich schleunigst um ihre Regierung schlossen. Nachdem jetzt Lloyd George mit seinen neuen Erklärungen ganz deutlich auf die Möglichkeit eines Bruches zwischen Frankreich und England angespielt, nachdem er von der französischen Geistesverfassung gesprochen hatte, die für jede Entente verhängnisvoll sei, und nachdem er von neuen Freundschaften gesprochen hatte, die die alten ersetzen könnten, wirkte das alles auf die erwähnten Kreise wie ein Dämpfer. Es wird zu einem ziemlich großen Vertrauensvotum für Briand kommen, aber man wird der Regierung doch nicht so den Rücken steifen können, wie es ursprünglich beabsichtigt war. Abgesehen von den größten Schreiern, die sich gebärden, als ob selbst die Gefahr eines englisch-französischen Bruches sie nicht schrecke, ist allgemein bereits eine wortreiche Verlegenheit zu konstatieren.

Der sattsam bekannte Pertinaux vom Echo de Paris versteigt sich zu dem Satz: Wenn es dazu kommt, daß die Allianz mit England, deren Beibehaltung uns übrigens nicht einmal zugesichert worden ist, im Widerspruch zu unserem Defensivbedürfnis steht, was für einen Wert hat sie dann noch für uns? Der Matin findet einen Ausweg aus der Verlegenheit in dem Glauben, daß England und Lloyd George nicht ein und dasselbe seien und daß das englische Volk als solches den angedrohten Bruch niemals werde eintreten lassen. Denselben Gedanken drückt auch Petit Journal aus mit der Begründung, daß 600 000 Engländer in Frankreich begraben liegen, und daß, wenn ein englischer Minister das vergessen sollte, das englische Volk es gewiß nicht vergessen würde. Die übrigen Blätterstimmen lassen sich zusammenfassen in die Formel, die sich im Journal findet: Alle diese Polemiken sind eigentlich tief bedauerlich und geben der übrigen Welt ein unerquickliches Schauspiel.

Zur Umstellung der Getreidebewirtschaftung.

Rfs. Während die Reichsgetreidegesetzgebung für die verflossenen Jahre davon ausging, daß das Brotgetreide, das im Gebiet des deutschen Reiches gezogen wird, mit der Trennung vom Boden als beschlagnahmt zu gelten hat, stellt sich der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide auf den Standpunkt, daß auf gesetzliche Beschlagnahme grundsätzlich verzichtet wird. Die Bedarfsdeckung wird durch ein Umlageverfahren geregelt, durch das für das kommende Wirtschaftsjahr aus dem Inlande 3,5 Millionen Tonnen aufzubringen sind und zwar von den einzelnen Ländern nach dem Anteil, mit dem sie an dem Ernteertrag an Brotgetreide, Gerste und Hafer von 1916—1920 durchschnittlich beteiligt waren. Die Begründung des Gesetzentwurfes geht davon aus, daß die Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande nur durch Hebung der einheimischen Erzeugung allmählich beseitigt werden kann, indem die Anbauflächen des Getreides wieder vergrößert und die Ernteerträge gesteigert werden; die Voraussetzung dafür ist, daß der Getreidebau wieder eine lohnende Verwertung des landwirtschaftlichen Bodens und der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sichert. Da die bisherige Form der Getreidewirtschaft trotz Steigen der Bewirtschaftungskosten immer geringere Ergebnisse aufweist und nicht geeignet ist, die Erzeugung zu beleben, ist eine andere Form der Aufbringung zu wählen. Diese neue Form muß die Beschaffung des notwendigen Bedarfs der Bevölkerung zu erträglichen Preisen ohne allzu große Inanspruchnahme von Reichsmitteln sichern und gleichzeitig geeignet sein, die inländische Getreideerzeugung wieder zu heben. Die Höhe der Umlage ist mit Berücksichtigung des Umstandes festzusetzen, daß ihre Erfüllung auch für kleine und unter ungünstigen Verhältnissen arbeitende Betriebe keine zu starke Belastung mit sich bringt. Die Ernteschätzungen für das Jahr 1920 kommen die eine zu 10¼, die andere zu 14¼ Tonnen. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt eine von sachverständiger Seite vertretene Annahme, daß die Ernte seit Kriegsbeginn auf ungefähr 60 v. H. zurückgegangen ist. Die Umlage erstreckt sich auf alle Getreidearten, die aber untereinander vertretbar sein sollen. Die Preise für das Umlagegetreide sollen so festgesetzt werden, daß sie die Wirtschaftlichkeit des Getreideanbaues noch gewährleisten. Die Begründung sagt hierzu wörtlich: Bei solcher Preisfestsetzung wird sich die Steigerung des Brotpreises in mäßigen Grenzen halten und jedenfalls die auch in anderen Ländern (Italien, Frankreich) in diesem Jahre vorgenommene Erhöhung des Brotpreises nicht übersteigen. Die Preisbildung des Ueberschußgetreides wird der Entwicklung des freien Marktes überlassen bleiben.

Der Umlagepflichtige haftet mit seinem ganzen Vermögen für die Ersatzsumme, die er schuldig wird, wenn er der Lieferpflicht zuwiderhandelt. Die Ersatzsumme soll so hoch bemessen werden, daß einerseits dem